

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 8.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die halbpaltene Nonpareilgröße oder deren Raum mit Mk. 2.—, die Restfläche mit Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 62

Nastätten, Samstag, den 27. Mai 1922

45. Jahrgang

Die Himmelfahrtswoche.

Der Feiertag, der zugleich den Beginn der Pfingstzeit bedeutet, hat seinen Einfluß. Zugleich forderte die Abspannung von Genua eine gewisse, wenn auch nur vorübergehende Entspannung. So lagert denn über Europa eine Ruhe des Abwartens, über die vom Strande des Mittelmeeres und die vom Strande des Mittelmeeres und die vom Strande des Mittelmeeres und die vom Strande des Mittelmeeres...

Lord George spricht nach seiner Heimkehr nach London vom Frieden, der trotz aller Widerwärtigkeiten durchgesetzt werden muß. Poincaré beklammert wieder vom sogenannten Recht, das Frankreich ebenso wie seine Sicherheit gegen Deutschland, dem er noch immer nicht traut, verfechten müsse. Das sind alte Melodien, nur keine hoffnungsvollen Frühlingslieder. Und ob der Amerikaner Morgan mit seinen praktischen Anleiheprojekten für Deutschland dazu gelangen wird, uns wirklich die Milliarden, die wir brauchen, auf den Tisch — der Entente zu zahlen, können wir nur hoffen, wissen es aber noch nicht. Vielleicht besinnen sich die Franzosen doch etwas, wenn Morgan ihnen die Tausend-Dollar-Noten hinhält. Bei der Anleihe soll nur vom Geschäft die Rede sein. Aber völlig lassen sich wirtschaftliche und politische Angelegenheiten niemals von einander trennen. Die wirtschaftlichen Beziehungen bedeuten so etwas wie eine lösende Harfe. Aber kann die Politik nicht darauf spielen, zerreißen die Saiten.

Nachdem die Konferenz von Genua ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen, hat der deutsche Reichstag kaum noch einen Anlaß, hinterher den Teilnehmern eine akademische Vorlesung über die mancherlei Notwendigkeiten der Zukunft zu halten, sondern wir haben kurz und entschieden unseren Standpunkt zu vertreten. Wir haben in dem Vertrage mit Rußland doch wenigstens etwas aus Genua mitgebracht, dessen vollen Nutzen für die kommenden Jahre wir allerdings nicht bestimmt voraussagen können. Aber unter Anwendung einer rechten deutschen Politik wird sich schon Gutes erreichen lassen. Namentlich durch die Einfuhr landwirtschaftlicher russischer Produkte.

Die Ernährungsfrage, über die der Reichstag wieder ausführlich gesprochen hat, ist nichts anderes, als eine Multiplikation der Notwendigkeit auf den deutschen Markt. Billig wird nur das, wovon viel da ist. Die Schwundmühe der deutschen Markt ist immer stärker geworden, der Dollar stand bis auf 315. Er hat leider seinen Respekt vor allen Ausschüssen und Kommissionen, die zur Prüfung der Valutafrage eingesetzt worden sind.

Hermes' Rückkehr.

Angebliehe Verständigung in Paris. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes in Paris sind vorläufig beendet. Er blieb noch Mittwoch in Paris, um noch einmal mit dem englischen Delegierten in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, zu sprechen, der erst an diesem Tage aus London zurückkam. Dann kehrte er nach Berlin zurück, wo er bereits Freitag im Reichskabinett und evtl. auch im Auswärtigen Ausschuss berichten sollte. Eine Rückkehr des Ministers Hermes nach Paris scheint zunächst nicht in Aussicht genommen zu sein, die auf die Note der Reparationskommission bis zum 31. Mai notwendige Antwort wird wahrscheinlich von Berlin aus der Reparationskommission übermittelt werden. Nach den bisher vorliegenden Pariser Meldungen scheinen die Verhandlungen des Ministers Hermes nicht ohne Erfolg gewesen zu sein. Die Pariser Blätter sprechen sogar von einer Verständigung. Es muß demgegenüber aber betont werden, daß noch keine offizielle Meldung bisher vorliegt, daß sich vielmehr alle beteiligten amtlichen Stellen gegenseitiges Stillschweigen zugesagt und diese Zusage auch gehalten haben, daß alle Fehrmeldungen über den Inhalt der etwaigen Abmachungen also als Kombinationen anzusehen und zu bewerten sind. Erst der eingehende Bericht Dr. Hermes' wird hierüber Klarheit bringen.

Gegensatz zwischen Hermes und Birtz? Berlin, 25. Mai. Die Rückberufung des Ministers Hermes aus Paris ist, wie in

parlamentarischen Streifen verläutet, nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Dr. Hermes' Verhandlungen in Paris scheinbar nicht innerhalb der in Genua besprochenen Linien geblieben sind. Der Finanzminister soll deshalb nach Berlin zurückkehren und genauen Bericht erstatten. Denn soweit man bis jetzt die Pariser Verhandlungen des Ministers Hermes überblicken kann, können sie leicht innerpolitische Schwierigkeiten veranlassen, die die Regierung unbedingt vermeiden will.

Industrietag in Hamburg.

Deutschlands Wirtschaftsrat. Unter sehr zahlreicher Beteiligung begann am Montag im Festsaal des Hamburger Rathauses der vierte Jahrestag des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Nach einem feierlichen Empfang durch den Hamburger Senat und einer Begrüßungsrede des Hamburger Bürgermeisters Dr. Diestel eröffnete der Vorsitzende des Reichsverbandespräsidenten, Dr.-Ingénieur Sorge, die eigentliche Tagung mit einer längeren Ansprache, in der er nach einem Rückblick über das vergangene Jahr, besonders der auf dem vorjährigen Verbandstag beschlossenen, durch die Ereignisse aber gescheiterten Kredithilfe der Industrie gedenkend, auf den vor uns liegenden wichtigen Termin des 31. Mai hinwies.

Amerikas Bedeutung für die Weltwirtschaft. Das erste Hauptreferat hielt Geheimrat Dr. Bücher über die künftige Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage und die Folgerungen aus der Genuefer Konferenz.

Das Hauptgewicht legte der Redner auf die nach dem Kriege aus vielen Gründen eingetretene ganz außerordentliche Verschiebung im Produktionsaustausch. Infolge der durch den Krieg erfolgten politischen Einstellungen, der geringen Umfassungsfähigkeit an die tatsächlichen Verhältnisse sei man zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen gezwungen, die zur weiteren Verarmung Europas beitragen. Am letzten Jahr betrug die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz nahezu 2 Milliarden Dollar. Das kommt der Summe der passiven Seite der Handelsbilanz der sämtlichen europäischen Staaten gleich. Das belagt nichts anderes, als daß Europa den wesentlichen Teil seiner Ersparnisse der letzten 50 Jahre in der Krieg- und Nachkriegszeit an Amerika abgeführt hat. Da nun Europa in dem Bezuge lebensnotwendiger Rohstoffe mehr oder weniger vollständig von Amerika abhängig ist, wie bei Baumwolle und Kupfer, und da auch bei anderen Stoffen, z. B. Getreide, Amerika auf dem Markt eine ausschlaggebende Rolle spielt, so ist, wenn nicht eine Aenderung der Verhältnisse eintritt, in Zukunft eine Verschlechterung der Zahlungsbilanzen der europäischen Staaten zu erwarten, wenn, wie die Tendenz besteht, Amerika sich noch immer mehr gegen die an und für sich schon geringe Zufuhr von europäischen Waren absperrt.

Deutsche und internationale Finanzprobleme

in ihrer Bedeutung für die deutsche Industrie, das war das Thema des zweiten Hauptreferats, das der Hamburger Bankier Max Warburg hielt.

Solange wir mit außenpolitischen Zahlungen überlastet wären, sei es unmöglich, irgendeine stabile Valuta zu schaffen. Der Staat müsse auch Maßnahmen vermeiden, die dazu führen, ausländische Valuten im inneren Verkehr einzubürgern. Es sei eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß mit der Exportdiversifizierung eine Schonung unserer Valuta verbunden sei.

Wie auch die Währung sich gestalte, wir müßten uns auf eine große Geldknappheit einstellen. Vor dem Kriege konnte Deutschland sich selbst finanzieren und zum Teil auch noch ausländische Unternehmen und die Bedürfnisse ausländischer Staaten. Angesichts des ungeheuren Geld- und Steuerbedarfs des Reiches und des damit verbundenen Rückganges in der Kapitalbildung besteht die Gefahr, mehr und mehr in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland zu geraten. Sind wir gezwungen, ausländisches Geld in großem Maße nach Deutschland zu ziehen, um die deutsche Produktion auf der Höhe halten zu können, so ist die erste Frage, ob wir trotz der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, kreditfähig erscheinen. Mit Recht werde der ausländische Geldgeber verlan-

gen, daß die Gelder produktiv angelegt werden.

Am Dienstag trat man dann in die Debatte ein.

Schluss des Hamburger Industrietages.

Im weiteren Verlauf der Hamburger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie referierte der frühere preussische Landwirtschaftsminister Professor Dr. Warmboldt über das Thema „Industrie und Landwirtschaft“.

Zwischen Industrie und Landwirtschaft müsse ein Ausgleich und eine Annäherung geschaffen werden. Die Landwirtschaft sei, je höher sie sich entwickle, desto mehr auf die Hilfe der Industrie angewiesen. So ist es in Deutschland durch immer intensiver werdende Kultur möglich gewesen, die stetig zunehmende Bevölkerung durch die Bebauung der gleichen Bodenfläche zu ernähren. Die Hauptaufgabe sei, daß die inländische landwirtschaftliche Produktion stark gesteigert werde. Man müsse wieder den Stand von 1913 erreichen.

In der sich anschließenden Diskussion erklärte Dr. Krause, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher Industrieverbände und landwirtschaftlicher Bauunternehmungen, daß etwa ein Fünftel der gesamten deutschen Reichsfläche noch brach liegt.

Edler v. Braun, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, unterstrich noch einmal das nötige Zusammenarbeiten zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Nach Referaten von Rudolf Blohm-Hamburg über „Industrie und Verkehr“ und Rechtsanwalt Lammer's-Berlin über „Die innere Entwicklung der industriellen Organisationen in Deutschland“ schloß der Vorsitzende, Dr.-Ing. Sora, die Tagung mit einer Ansprache, in der er auf die Bedeutung des 31. Mai hinwies. Der Redner kam auf die eventuelle Befreiung des Ruhrgebiets durch die Franzosen zu sprechen und machte in bezug hierauf die bemerkenswerte und von der Versammlung mit starkem Beifall aufgenommene Aeußerung:

„Sollte diese Befreiung des Ruhrgebiets durch die Franzosen kommen, so ist zu erwarten, daß hiermit ein Gewalt- und Fehlschritt getan wird, dessen Folgen in ähnlicher Weise wie seinerzeit der politische Zug Napoleons nach Moskau verhängnisvoll auf seine Urheber, die Franzosen, zurückfallen würde. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Der unsinnige sich selbsttötende Gewalt folgt naturnotwendig die Gegenwirkung.“

Erhöhte Postgebühren.

Zustimmung des Reichsrats. — Der Ortsbrief 1 Mark, der Fernbrief 3 Mark.

Der Reichsrat beschloß eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Formelle Gesetzesentwürfe sind nach dem letzten Reichstagsbeschlüssen nicht mehr notwendig, sondern nur die Zustimmung durch Reichsrat und einen Ausschuss des Reichstages. U. a. wird das Briefporto im Ortsverkehr auf 1 Mark ermäßigt, dagegen wird im Fernverkehr das Briefporto auf 3 Mark erhöht. Die Postkarte kostet künftig im Fernverkehr 1.50 Mark, im Ortsverkehr bleibt der Satz von 0.75 Mark bestehen.

Die Zeitungsgebühren sollten nach dem Regierungsvorschlag für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm von 2 Pfg. auf 6 1/2 Pfg. erhöht werden und in vier weiteren Abstufungen von 30, 40, 60 und 90 Gramm auf 8, 10, 13 und 16 Pfg. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Presse wurde dieser Tarif etwas herabgesetzt. Er beginnt nunmehr mit 5 Pfennigen.

Der Reichsrat beschloß, daß die erhöhten Gebühren am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollen.

Die Berechnung der Miete.

Die Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz sollen von den Landesregierungen erlassen werden. Die preussischen Ausführungsbestimmungen werden folgende Grundzüge erhalten: Die Zuschläge setzen die Gemeinden bei Orten unter 2000 Seelen die

Preisauschüsse fest. Die vom 1. Juli geltende gesetzliche Miete wird wie folgt verrechnet: Von der am 1. Juli 1914 gezahlten Friedensmiete sind folgende Abzüge zu machen: 20 Prozent für Instandhaltung und Betriebskosten, 9 Prozent für Sammelheizung, 3 Prozent für Warmwasserversorgung. Zu der so errechneten Grundmiete treten dann die von den Gemeinden festzusetzenden Zuschläge.

Das Reichsmietengesetz sieht bekanntlich auch eine Absetzungszuschläge vor. Die Frage, was laufende Instandsetzungen sind, wird in der Anweisung nicht ganz klar gelöst. So sollen zunächst Tapetierungs- und Malerarbeiten in den Wohnungen hiervon ausgenommen sein, angeblich damit innerhalb der Mieterchaft Reparaturen vermieden werden, d. h. jeder Mieter zahlt diese Reparaturen aus seiner Tasche. Die Instandhaltungszuschläge kommen also mehr für Reparaturen am Hause in Frage; für große Reparaturen sind außerdem noch besondere Fonds anzulegen.

Für möblierte Zimmer wird bestimmt, daß zu erheben sind: der auf das Zimmer entfallende Teil der gesetzlichen Miete; bestimmte Zuschläge für Möbel, Wäsche, Bedienung, Beleuchtung und Heizung.

Freigabe der Zuckereinfuhr.

Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Zucker, unter dem die Bevölkerung seit einiger Zeit in zunehmendem Maße leidet, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr bis auf weiteres freigegeben und den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ersucht, die Zollstellen zu ermächtigen, die Einfuhr von Roh- und Verbrauchszucker sofort ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen.

Die Zuckersfabrikanten protestieren.

Bei den letzten Besprechungen im Reichsernährungsministerium hatten die Vertreter des Handels und der Verbraucher sich einmütig für die Freigabe der Zuckereinfuhr eingezogen. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die deutsche Zuckersfabrikation nicht in der Lage sei, bis zur kommenden Zuckerrübenenernte auch nur annähernd den Bedarf an Haushaltszucker, geschweige denn den Industriebedarf zu decken.

Die Zuckersfabrikanten haben dagegen lebhaften Widerspruch erhoben. Sie erklärten, durch die Freigabe der Einfuhr werde die deutsche Zuckersindustrie schwer gefährdet, und fordern zumindest, daß zu ihrem Schutze auf den ausländischen Zucker ein Goldzol von 1400 Mark pro Doppelzentner gelegt würde. Dadurch würde der Auslandszucker, der jetzt nach der Freigabe nicht teurer, teilweise sogar billiger geliefert werden kann als der deutsche Zucker, im Kleinhandel auf fast 80 Mark das Pfund kommen. Das ist natürlich für den größten Teil der Bevölkerung unerträglich.

Daher wollen sich bei einer neuen Besprechung im Reichsernährungsministerium, die dieser Tage stattfindet, die Verbrauchervertreter sehr energisch gegen solche Pläne wenden. Sie wollen den Minister ersuchen, die Zuckereinfuhr wenigstens bis zum Beginn der neuen Ernte ohne irgend welchen Aufschlag freizugeben, da die deutsche Zuckersindustrie sich unfähig erwiesen habe, den ihr obliegenden Verpflichtungen nachzukommen.

Warum die Einfuhr freigegeben wurde.

Zu den in letzter Zeit wiederholt vorgebrachten Klagen über die schlechte Zuckerversorgung stellt das preussische Landwirtschaftsministerium auf Grund vorgenommener Erhebungen fest, daß irrendeine Zurückhaltung von Zucker seitens der Zuckerswirtschaftsstelle nicht stattgefunden habe. Auch sonst lägen keine Anzeichen dafür vor, daß im Großhandel oder in Fabriken Zurückhaltungen in größerem Umfang stattgefunden. Wegen die Annahme, daß größere Mengen durch das sogenannte Loch im Westen gehen, spreche der Umstand, daß im besetzten Gebiet des Westens für Zucker Freie bezahlt werden, die höher sind als die des benachbarten Auslandes. Wenn trotzdem eine erhebliche Zuckersknappheit zu verzeichnen ist, so liegt dies an der allgemeinen Zunahme des Zuckerverbrauchs.

Die hauptsächlich auf die hohen Fett- und Butterpreise und die Zunahme des Konsums an Schokolade, Konfekt, süßen Likören usw. in allen Schichten der Bevölkerung

zurückzuführen ist. Hierdurch ist der Zuckerbedarf in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz gewaltig gestiegen, so daß er bald das Doppelte des Verbrauchs von damals erreicht hat.

Die Erzeugung des Zuckers müßte mit allen Mitteln gefördert werden, wenn es auch nur annähernd gelingen soll, den Bedarf an Zucker im nächsten Jahre zu befriedigen. Die Zuckerrübenanbaufläche habe sich von 1920 auf 1921 um 25 Prozent erhöht. Für 1922 wird abermals ein Mehr, und zwar von mindestens 5 Prozent, angenommen. Einer stärkeren Vermehrung des Anbaues stünden eine Reihe von Hindernissen entgegen. Neben der Runkelrübenfrage (siehe der Managel an Verkehrsmitteln, an Kohlen für die Dampfpflüge u. a. m. eine Rolle.

Nach alledem könne die anaerobische Zuckerrübenpflanzung nur durch Einfuhr aus dem Auslande behoben werden. Das Reichsernährungsministerium hat bekanntlich inzwischen diese Einfuhr genehmigt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Mai 1922.

Das Haus erledigt zunächst eine größere Anzahl kleiner Anfragen. Auf eine kommunistische Beschwerde über die Auslieferung des Bombenattentäters Voltrini an die italienischen Behörden erklärte die Regierung, daß die Auslieferung zu Recht erfolgt sei, da Voltrini in ein Schießspieltheater eine Bombe hineingeworfen habe, wodurch 30 Menschen getötet worden seien. Der Abg. Brüninghaus (D. Vp.) erhebt Beschwerde darüber, daß die Besatzungsbefehle der preussische Domäne Armada bei Traunstein als militärische landwirtschaftliche Schule beschlagnahmt hat. Das steht im Widerspruch zum Rheinlandabkommen. Ein Regierungsvorstand befragt das. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat bei der Rheinlandkommission Protest erhoben, bisher jedoch erfolglos. — Dann folgt der Etat für das

Reichswirtschaftsministerium.

Hier spricht zunächst der Abg. Simon-Franken (U. S.). Er wendet sich gegen die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft.

Der Redner der Deutschen Volkspartei Dr. Gildemeister erklärt, daß seine Partei der Erfüllungspolitik sehr kritisch gegenüberstehe. Daß bei dem Achtundneunzig keine Rücksicht auf die Schwere der Arbeit genommen wurde, sei unsozial. Der Demokrat Wieland fordert baldige Beseitigung der Ausfuhrkontrolle. Der Abg. Rothmann (Ztr.) wendet sich gegen die Zuckerrübenpflanzung und die politische Ausnutzung der Zehrungsfrage. Abg. Höllein (Komm.) kritisiert in bekannter Weise unser ganzes Wirtschaftsleben.

Mit warmen Worten tritt der deutsch-nationale Abg. Wiener für das Handwerk ein, dessen Ausbau als selbständiger Zweig unseres Wirtschaftslebens notwendig sei. Staatssekretär Hirsch stellt ein Gesetz in Aussicht, das das Zehrungsweien im Handwerk regeln soll. Abg. Havemann (D. Vp.) begrüßt ein neues Zehrungsgebot und hebt ebenfalls die große Bedeutung des Handwerks in der deutschen Wirtschaft hervor.

Schließlich verlegt man sich auf Mittwoch.

Berlin, 24. Mai 1922.

Zu Beginn der Sitzung teilt Präsident Ebe mit, daß nach dem Vorschlag des Aeltestenrates die zweite Lesung des Etats bis Sonnabend abend beendet sein soll, und daß am Montag und Dienstag der nächsten Woche nach der Entgegennahme des ministeriellen Berichtes über die Genua-Konferenz die große politische Aussprache stattfinden soll. Für Mittwoch sind dann die dritte Lesung des Etats und kleine Vorlagen in Aussicht genommen.

In Fortsetzung der Beratung des Wirtschaftsetats begründet dann der rheinische Demokrat Kroll eine Interpellation über die notwendige Verbesserung der Kontrolle des Warenverkehrs mit dem Rheinland, die Reichswirtschaftsminister Schmidt beantwortet. Die Regierung habe schweren Herzens den Kontrollmaßnahmen zustimmen müssen, weil durch die Befreiung eine große Menge von Waren nach Deutschland gekommen sei, deren Schädlichkeit für Deutschland volkswirtschaftlich außerordentlich wäre. Eine Kontrolle sei anerkanntermaßen notwendig. Es sei alles getan worden, um Unzulänglichkeiten zu beseitigen, auch habe das Ministerium gemeinsame Richtlinien erlassen. Die Beschwerden würden verschwinden, wenn die Kontrolle den Zollbehörden, wie es beabsichtigt sei, überlassen werde.

Unter Annahme der Ausschüsseanträge ist schließlich der Etat des Reichswirtschaftsministeriums erledigt, und man wendet sich nun dem des Reichswirtschaftsrats zu, der nach kurzer Aussprache angenommen wird.

Ohne Debatte — man fängt an, sich zu beeilen — wird der Etat des Reichsfinanzministeriums in 2. Lesung angenommen. Ebenso schnell der des Reichsrentenverwaltung, der Etat zur Ausführung des Friedensvertrages und der des auswärtigen Amtes. Den Rest der Etatsberatung verlegt man auf Freitag.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. Mai 1922.

Nachdem die Einzelabstimmungen der 2. Lesung des Gesetzes über Errichtung

eines Großkraftwerkes Hannover, die ohne nennenswerte Aussprache vor sich gehen, erledigt sind, legt das Preußenhaus die unterbrochene Beratung über den Justizhaushalt fort. Zuerst erscheint Abg. Meyer-Verford von der Deutschen Volkspartei auf dem Plan, um gegen die sanfte Behandlung von ruhestützenden Demonstrationen durch die Polizei zu protestieren.

Der Sprecher der Unabhängigen, Abg. Vogt, wendet sich natürlich gegen die „Klassenjustiz“. Auch der Kommunist Menzel tut in das gleiche Horn und redet von angeblichen Gefangenemißhandlungen. Beiden Rednern bleiben die Regierungsvorstande die sachliche Antwort nicht schuldig.

Während der Mehrheitssozialist Dr. Rosenfeld die Forderung aufstellt, daß die Richter allen Volksschichten entnommen werden sollen, verlangt der deutschnationale Abg. Dolzsch, daß die Gefangenearbeit keine Konkurrenz für das Handwerk bilden solle.

Eine Erörterung verschiedener Einzelfälle beschließt die Sitzung und das Haus verlegt sich auf Mittwoch.

Berlin, 24. Mai 1922.

Eine Reihe kleiner Vorlagen werden debattelos erledigt. Dann führt man in der Einzelberatung zum Justizetat fort. Trotzdem (oder vielleicht weil?) es dringend heißt ist, bringen die Kommunisten es fertig, sich wie üblich noch mehr zu erheben. Herr Raß schimpft und gestikuliert und schreit nach der Amnestie. Der Präsident entzieht ihm schließlich das Wort, die Kommunisten toben und brüllen darob um so mehr.

Aber aller Lärm nützt den Kommunisten doch nichts, der Etat des Justizministeriums wird mit den Ausschüssen angetragen.

Man setzt dann die zweite Lesung des Volkswohlfahrtssetats fort. Unter anderem fordert Frau Weß (U. S.) ein Feuerbestattungsgesetz und der Kommunist König die Sozialisierung des Heilweins, die Abg. Dr. Stämmler (Ztr.) aber entschieden ablehnt.

Nach weiterer Debatte verlegt man schließlich die Weiterberatung auf Freitag.

Deutsches Reich.

Der Genua-Bericht des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 25. Mai. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags berichtete gestern in vertraulicher Sitzung Reichswirtschaftsminister Schmidt über die wirtschaftlichen Verhandlungen in Genua. Die auf Grund der Verhandlungen der Wirtschaftskommission gefassten Beschlüsse hätten zwar zunächst nur moralischen Wert, bedeuteten aber gerade für Deutschland einen erheblichen Fortschritt. Wenn Deutschland in der nächsten Zeit mit einer größeren Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genua-Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein.

Deutsche Matrosen im Dienst ertrunken.

Sahnitz, 24. Mai. In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Sahnitz bei einem Nachtmanöver unserer Schiffe und Torpedoboots ein Zusammenstoß zwischen dem Linienkrieger „Dannover“ und dem Torpedoboot „S. 18“ stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Sahnitz eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammenstoß folgende Angehörige der Torpedoboots den Tod gefunden: Die Torpedomatrosen Engelhardt, Schott, Vorr, Ebbels, Hammer Schmidt, die Torpedochefzer Seipelt, Winta, Volz, Schack und Barth.

Abschluß des Kirchenbundes in Wittenberg.

Wittenberg, 25. Mai. Heute am Himmelfahrtstage wird hier der Deutsch-evangelische Kirchenbund abgeschlossen, zu dem sich alle deutschen evangelischen Landeskirchen, die seit den Tagen der Reformation ihre eigenen Wege gegangen waren, zusammengeschlossen haben. Gestern nachmittag um 4 Uhr begaben sich unter dem Geläute sämtlicher Kirchenglocken die Bevollmächtigten auf Einladung der Stadt zu einem Ambrosius-Rathaus, wo Oberbürgermeister Dr. Wurm eine Begrüßungsansprache hielt. Dann ging es zum Bugenhagen-Haus, wo die Kirchengemeinde durch den Mund des Superintendenten Orthmann den Gästen ihren Gruß entbot. Abends fand in der Stadtkirche eine Veſper statt.

Annahme der Zwangsanleihe im Reichsrat.

Berlin, 25. Mai. Der Reichsrat hat das Gesetz über die Zwangsanleihe in der von seinen Ausschüssen vorgeschlagenen Form angenommen, die gewisse Abänderungen von dem Regierungsentwurf aufweist. Danach soll die Anleihe bis zum 31. Oktober 1925 unverzinslich sein und von da ab fort mit 6 Prozent verzinst werden. Ohne Rücksicht auf die Art des Vermögens sollen 100 000 Mark freibleiben, unter gewissen Bedingungen wird die Freizügigkeit bei Rentnern usw. auf 300 000 Mark heraufgesetzt. Für die ersten 100 000 Mark sollen 1 Prozent, für die nächsten 150 000 Mark 2 Prozent gerechnet werden usw. Für den Fall, daß die Schätzung der Reichsregierung von 60-Papiermilliarden-Ertrag um mehr als 10 Prozent überschritten werden sollte, soll der einzelne Zahlungspflichtige beanspruchen können, daß der von ihm im Verhältnis zum Gesamtergebnis gezeichnete Betrag zum Nennwert bei der nächsten freiwilligen Anleihe in Schuldverschreibungen dieser Anleihe kostenlos umgewandelt wird.

Die Regierung widersprach diesen Änderungen zum Teil.

Frankreich.

§ Zarbien gegen Poincaré. Am Dienstag trat die französische Kammer wieder zusammen. Zarbien, der Hauptanhänger Clemenceaus, ging zu einer heftigen Attacke gegen den ihm zu „Schlappen“ (1) Poincaré vor. Er warf Poincaré vor, in den wichtigsten Fragen der Genueſer Konferenz ins Schlepptau der Belgier geraten zu sein. Frankreich sei nicht an der wirtschaftlichen Unruhe der Welt schuld. Seit Clemenceaus Abgang geleite Frankreich auf der abschüssigen Bahn des Verzichts auf die Bestimmungen des Friedensvertrages abwärts. Es sei soweit gekommen, daß es heute eigentlich nur noch die Ruinen des Friedensvertrages verteidige.

Der Reichsrat nimmt den Genueſer Oberschlesienvertrag an. Der Reichsrat stimmte dem in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien in folgender Form zu: „Der Reichsrat erteilt dem deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien seine Zustimmung. Er tritt ausdrücklich der Erklärung bei, die der deutsche Bevollmächtigte, Minister A. D. Schiffer, vor der Unterzeichnung des Vertrages in der öffentlichen Sitzung zu Genf am 15. Mai 1922 in bezug auf die deutsche Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Völkervereinigung vom 20. Oktober 1921 abgegeben hat.“

Die Öffnung der deutschen Archive. Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive. Die erste, jetzt fertiggestellte Gruppe, die am 20. Juni dem Buchhandel ausgeliefert wird, enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Der Abban der interalliierten Behörden in Oberschlesien beginnt. So wurde, wie die „Oberschlesische Volksstimme“ zuverlässig erfährt, sämtlichen Angehörigen der Kreiskontrollkommissionen der interalliierten Kommission (Dolmetschern, Uebersetzern, Büropersonal usw.) zum 25. Juni angekündigt. Man wird nicht zögern, wenn man dieses Stadium als Endtermin der Auflösung der interalliierten Verwaltung in Oberschlesien ansieht. Von der Eisenbahnverwaltung ist die Bestellung von Waggons für den Abtransport der französischen Truppen am 10. Juni gefordert. Der Abtransport soll mit möglicher Beschleunigung erfolgen und spätestens bis 25. Juni beendet sein. Inzwischen sind die Uebergangsverhandlungen in Pöppeln so weit fortgeschritten, daß der Zeitpunkt der Uebergabe etwa für die zweite Hälfte des Juni festgesetzt werden kann.

Das Pensionsfürzungsgeſetz. Nach längeren Verhandlungen, in denen lange keine Einigung zu erzielen war, hat schließlich der Hauptausschuß des Reichstages eine veränderte Fassung des Pensionsfürzungsgeſetzes angenommen. Danach bleibt das Arbeitseinkommen eines pensionierten Beamten, das er aus einer anderweitigen gewinnbringenden Beschäftigung bezieht, bis zu einer Höhe von 60 000 Mark jährlich fürzungsfrei. Ueberschreitet diese Grenze, dann wird die Pension einschließlich des Steuerzuschlages — dieser zuerst — um die Hälfte dieses Ueberschusses gekürzt. Die Hälfte der Gesamtpension muß aber dem Pensionsempfänger verbleiben. Sinngemäß soll diese Bestimmung Anwendung finden auch auf Wartegeldempfänger, auf unter Belassung des Gehaltes amtsenthobene Beamte, auf pensionierte Beamte und auf Kapitulanten, die Dienstentritte erhalten. Bei Pensionen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahres pensioniert wurden, wird das Gesetz nicht angewandt. Für die Feststellung des Einkommens ist die Einkommensteuer-Veranlagung zugrunde zu legen.

Die Hilfsmassnahmen für das Zeitungsgewerbe. In seiner Etatsrede im Reichstage kam Reichswirtschaftsminister Schmidt auch auf die Not der Zeitungen zu sprechen und erklärte hierzu u. a.: Die Tarife sind inzwischen herabgesetzt worden und damit ist eine kleine Erleichterung geschaffen. Der Versuch, die Gewinne bei der Ausfuhr von Papier zu erfassen und dadurch eine Senkung der Papierpreise zu erzielen, stößt auf sehr große Schwierigkeiten. Die Außenhandelsstelle für Zeitungsgewerbe und Druckpapier hat es abgelehnt, und zwar auch mit den Stimmen der Arbeitnehmer, auf diesen Boden zu treten und 60 Prozent des Ausfuhrertrags zur Senkung des inländischen Papierpreises zu verwenden, wie wir es wünschten. Sie behauptet, die Durchführung dieser Gewinnbeschlagnahme sei technisch nicht möglich. Auch hier stellt sich also zur rechten Zeit eine „technische Unmöglichkeit“ ein. Wir wollen versuchen, auf einem anderen Wege etwas zu erreichen, aber wenn eine Selbstverwaltungskörperschaft mit solcher Entschiedenheit eine solche Erklärung abgibt, muß auch das Ministerium sie beachten. Die Entscheidung liegt in der Gestaltung des Holzpreises. Es ist undenkbar, daß die Regierung nochmals aus allgemeinen Mitteln eine Senkung der Papierpreise bewirken kann. Vielleicht wird es möglich sein, unter Ueberwindung des Widerstandes der Einzelstaaten eine Abgabe vom

Holzpreis zur Verfügung zu stellen. Jedemfalls wird vom Reichswirtschaftsministerium alles geschehen, um den berechtigten Forderungen des Zeitungsgewerbes gerecht zu werden (?). Ob uns ein Erfolg beschleichen wird, bleibt abzuwarten. Ich wünsche und erhoffe ihm im Interesse der Presse, besonders der kleinen, denn ich halte es für unbedingt notwendig, daß wir zu einer Ermäßigung des Papierpreises kommen, und ich würde sie gern in erheblichem Umfang erreichen, denn hier handelt es sich um die Abwendung einer großen Gefahr, die die Erfüllung der Kulturaufgaben der Presse in Frage stellt.

Die Einreiseerlaubnis für Bayern. Zur Frage der Einreiseerlaubnis in Bayern ist eine Neuregelung insofern erfolgt, als die deutschen Vertretungen im Ausland nun das Recht haben, eine Voreingemittlung zur Einreise nach Bayern zu erteilen. Das Bism, das von den deutschen Vertretungen im Auslande erteilt wird, schließt die Einreisebewilligung nach Bayern in sich, verpflichtet jedoch den Einreisenden innerhalb 24 Stunden nach seiner Ankunft zur Meldung und Einholung der Aufenthaltsgenehmigung bei der Polizeibehörde des Zielortes.

Die verfassunggebende Kirchenversammlung wird erst am 29. August wieder zusammentreten.

Am 23. und 24. Mai hielt das Reichswirtschaftsministerium in Dresden eine Konferenz der Preisprüfungsstellen des Reiches, der Länder, der Provinzen und der Bezirke ab.

Das preussische Staatsministerium hat die Stadtverordnetenversammlung in Wittenberge (Regierungsbezirk Potsdam) aufgelöst, die Neuwahlen haben innerhalb von sechs Monaten stattzufinden.

An Stelle des bisherigen Reichs- und Staatskommissars für das Memelgebiet Graf Lambsdorff in Gumbinnen, ist der Regierungspräsident Dr. Rosenkranz zum Reichskommissar bestellt worden.

Ausland.

Oesterreich.

§ Stirkunt mit faulen Eiern beworfen. Der polnische Minister des Auswärtigen, Stirkunt, veranstaltete im Hotel „Imperial“ einen Empfang der Pressevertreter. Einige afrikanische Studenten warteten im Vestibül des Hotels auf Stirkunt, beschimpften ihn, als er erschien, auf die unflätigste Weise und bewarfen ihn schließlich mit faulen Eiern. Die Polizei schritt ein und verhaftete drei Studenten. Der Vorfall erregte großes Aufsehen.

Tschechoslowakei.

Die „Ergebnisse“ von Genua. Der tschechische Ministerpräsident Beneš sagte bei seinem Bericht über Genua, den er dem Prager Parlament erstattete, er sei nicht der Ansicht, daß Genua keine positiven Ergebnisse zeitigt hätte. Die Konferenz wäre 1. die erste internationale Rundgebung der europäischen Gemeinschaft nach dem Kriege; 2. ist Rußland zum ersten Male nach dem Umsturz in europäische Verhandlungen eingetreten; 3. ist das russische Problem für Europa klarer als zuvor; 4. zahlreiche europäische Fragen wurden einer Klärung näher gebracht, darunter die Beziehungen der Sowjets zu den Westmächten, das englisch-italienisch-französische Verhältnis, ferner die Lage Deutschlands in Europa, das deutsch-russische Verhältnis, das Verhältnis Amerikas zur Rekonstruktion. Der Ministerpräsident erklärte, daß es seine Pflicht gewesen sei, als Vermittler und maßgebender Faktor in Genua zu wirken und daß die Richtlinien der tschechoslowakischen Politik gegenüber den Verbündeten und auch gegenüber Deutschland und Rußland unverändert geblieben seien.

Holland.

§ Die Kosten der Haager Konferenz. Das holländische Außenministerium teilt mit, daß die Ausgaben für die verschiedenen Delegationen, die an der Konferenz im Haag teilnehmen, nicht von der holländischen Regierung übernommen werden. Dagegen hat sich die holländische Regierung entschlossen, mit allen Maßnahmen die Ausbeutung der Delegationen und Pressevertreter zu verhindern. Die Hotelbesitzer haben ihrerseits beschlossen, ihre Tarife während der Konferenz nicht zu erhöhen. Die Sitzungen finden im Friedenspalast statt.

§ Hollands Vorbereitungen für die Haager Konferenz. Die holländische Delegation hat Genua noch nicht verlassen, um die nötigen Vorbereitungen für den Wiederzusammentritt der Konferenz im Haag treffen zu können. In Uebereinstimmung mit dem Präsidenten der Konferenz von Genua werden die Einladungen möglichst schnell versandt werden. Man glaubt, daß die Sitzungen im Friedenspalast im Haag abgehalten werden, und daß etwa 350 Delegierte an den Sitzungen teilnehmen.

Italien.

§ Ein englisch-italienisches Bündnis? Die Gerüchte über den Abschluß eines englisch-italienischen Bündnisses wollen in Italien nicht verkommen. Sowohl in parlamentarischen Kreisen wie auch in der Presse bejahen man sich lebhaft mit dieser Angelegenheit, deren Glaubwürdigkeit sogar die „Epoca“ annimmt und zustimmend Kommentare daran knüpft.

Bulgarien.

§ Revolutionsgerüchte über Bulgarien. Serbische und Wiener Blätter versicherten in den letzten Tagen Gerüchte über anaeblide revolutionäre Umstürze in Bul-

garien. Bestätigung haben diese Gerüchte bisher keine gefunden. Andererseits liegen jedoch neue Nachrichten über blutige Unruhen in Bulgarien vor, die zuerst in Sofia am Freitag nachmittags nach Schluß einer kommunistischen Versammlung begannen. In dieser Versammlung verurteilten die Kommunisten gemäß einer Aufforderung aus Moskau Ausweisung der Wrangelsoldaten, sowie sämtliche russische Flüchtlinge aus Bulgarien. Der Wunsch der Kommunisten fand Unterstützung bei der Bauernpartei. Daraufhin setzte eine brutale Welle gegen die russischen Flüchtlinge und die Wrangelsoldaten ein. Die Bulgaren verfolgten die Russen mit Waffengewalt in nordöstlicher Richtung, um sie über das Schwarze Meer nach Odessa zu treiben. In Belgrad werden diese Nachrichten sehr aufmerksam verfolgt.

Frankreich.

§ Die verheerenden Friedensverträge. Der mit Morgan zu den Anleiheverhandlungen nach Paris gereiste amerikanische Bankier Kahn schreibt in den „Times“ u. a.: Die Friedensverträge hätten das wirtschaftliche und soziale Leben eines großen Teiles Europas in Unordnung gebracht und die Erzeugerkräfte und die Verbraucherkräfte dieser Völker gänzlich gelähmt. Für England, dessen Wohlstand mehr als aller anderen Länder von dem Handel mit aller Welt abhängt, seien die Irrtümer der Friedensverträge nachteiliger gewesen als für jedes andere Land, abgesehen von den früher feindlichen Staaten. Die Friedensverträge seien gänzlich verheerend und Englands Arbeitslose seien keine aerztürten Provinzen.

Die innerpolitische Krise in Oesterreich ist in ein akutes Stadium getreten, da die Großdeutschen darauf beharren, daß der derzeitige Bundeskanzler Schöber nicht an der Spitze des kommenden Kabinetts stehen soll.

Aus nichtoffizieller Quelle verlautet aus Warschau, daß eine neue Konferenz der Balkanstaaten in der ersten Hälfte des Monats Juni stattfinden wird.

Die griechische Kammer stimmte mit 201 gegen 80 Stimmen einem Vertrauensvotum für das erneuerte Ministerium Gounaris zu.

Der polnische Außenminister Skirmunt ist aus Genua mit den polnischen Delegationsmitgliedern in Wien eingetroffen. Er wurde vom Bundespräsidenten Hainisch empfangen. Skirmunt wird in Wien wegen Abschluß eines österreichisch-polnischen Handelsvertrages konferieren.

Das italienisch-jerbische Abkommen über die Ausführung des Vertrages von Rapallo ist am 20. Mai in Genua unterzeichnet worden. Es bedarf nunmehr nur noch der Ratifikation durch Belgrad.

Die Unterzeichnung des von der russischen Delegation in diesen Tagen ausgearbeiteten Zusatzvertrages zu dem bereits abgeschlossenen russisch-italienischen Handelsabkommen soll demnächst erfolgen.

Heimliches.

Nastätten, 26. Mai 1922.

Das Schicksal meistern. Ein grauer Nebelvorhang hängt vor der Zukunft des deutschen Volkes. Sollen wir auf ein Licht von außen vertrauen, das den Nebel vertreibt? Da können wir lange warten. Nur wir selbst können unser Schicksal meistern. Wir dürfen nicht die hier und dort noch stehengebliebenen Mauernreste stützen und mit ihnen neu bauen wollen. Wir brauchen ein neues geistig-sittliches Fundament. Zum Weiterbau können wir die alten Steine größtenteils wohl gebrauchen. Wir dürfen mit unserer Arbeit nicht warten, ohne zu wissen, worauf. Die Arbeit bringt uns allein die wahre Freude wieder, die uns an Stelle von Taumel und Stumpfheit tut. Sie gelte der Familie, der Gemeinde und dem Volke, vor allem dem letzteren, dem Gesamtvolke.

Turnverein. Die Teilnahme der älteren Turner und unaktiven Mitglieder in corporo an der gestrigen Wanderung war trotz besonderer Einladung nicht erfolgt; ein nicht gerade leuchtendes Beispiel für die eifrigen jungen Turner und Jünglinge. — Zur Ehre unserer im Weltkrieg gefallenen Kameraden erfolgt Sonntag die feierliche Einweihung des Ehrenfriedhofes, des Symbols treuen Gedankens an deutsche Heldensöhne, die „treu bis zum Tod“ ihre Pflicht getan. Wollen wir da auch fernbleiben? Pflichtbewußtsein ist eine schöne Tugend und für die Turner ist es Ehrenpflicht Sonntag zahlreich zur Stelle zu sein.

Ehemalige Landwirtschafts-Schüler und -Schülerinnen. Zu der für Sonntag angesagten Versammlung sind auch die ehemaligen Landwirtschaftsschülerinnen höflich eingeladen.

3. Nassauischer Bauernntag. Die Saattgutausstellung verspricht eine Schenswürdigkeit zu werden, die in Nassau in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr vorgeführt werden kann. Die „Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft“ wird ihre Saattgutausstellung, die sonst nur auf der D. L. S.-Wanderausstellung (in diesem Jahre vom 22. bis 27. Juni in Nürnberg) gezeigt wird, nach Erbenheim senden. Jeder Landwirt kann sich dann ein Bild machen von der Arbeit unserer Pflanzgutzüchter und den Ertragssteigerungen, die durch Verwendung guten Pflanzgutes möglich sind. Daneben wird eine große Anzahl von Züchtern ihre Erzeugnisse in Sonderausstellungen zeigen. Der „Nassauische Saattbauverein“ und andere auf diesem Gebiet interessierten Firmen werden diese Abteilung der Ausstellung vervollständigen. Die

Dünger-Ausstellung wird in der Hauptsache durch die ländlichen Genossenschaften, die in großzügiger Weise die Vorbereitungen hierfür in die Hände genommen haben, bewerkstelligt werden. Lehrfilmvorführungen werden zur Erläuterung der Saattgut- und Düngerausstellung beitragen.

Der neue Komet. Der von Stiellerup in Kapstadt am 17. Mai 1922 neu entdeckte Komet, von welchem am 20. Mai zu Heidelberg 2 Beobachtungen gemacht werden konnten, konnte am 22. Mai trotz seiner Lichtschwäche auch an der Frankfurter Sternwarte beobachtet werden, jedoch nur drei Beobachtungen, die zu seiner Bahnbestimmung notwendig sind, vorliegen. Der Komet ist sehr verwaschen und eine Verbindung nach der Mitte hin kaum zu erkennen. Er befindet sich im Sternbild des Krebses und bewegt sich in nordöstlicher Richtung auf den großen Varen zu.

Vorch, 24. Mai. Unser altes Rhein- und Weinstädtchen, das auf eine fast 1100jährige Geschichte zurückblickt, birgt eine reiche Fülle wertvoller Kunstschätze. Der hiesige Verschönerungs- und Verehrverein will nun mit tatkräftiger Unterstützung der Stadt diese Schätze zu einer Ausstellung, umfassend profane und kirchliche Kunst vom 12. Jahrhundert bis zur Neuzeit, vereinigen. Die Ausstellung findet in den Pfingstferien, d. h. in der Zeit vom 1. bis 7. Juni ds. Js. in der Volkshalle statt und wird 4 Säle umfassen. Eine stattliche Anzahl interessanter Gegenstände wird zur Schau gestellt werden, darunter manches Stück, das nur als Unikum vorhanden ist.

Elville, 24. Mai. Die jahrelangen Bemühungen und Eingaben des hiesigen Bürgervereins haben jetzt endlich zur Folge gehabt, daß mit Einführung des neuen Sommerfahrplans 7 D- und Eizüge täglich in Elville anhalten.

Vermischtes.

Eine schwedische Spende. Eine Anzahl hervorragender schwedischer Persönlichkeiten, darunter der bekannte Radiologe Prof. Forcell, haben durch Vermittlung der Königin von Schweden dem Samariterhaus in Heidelberg eine Summe von 300 000 M. gespendet. Das Begleitschreiben bezeichnet die Spende als einen Ausdruck der Dankbarkeit und Bewunderung für die deutsche Radiologie und besonders für die bahnbrechende Arbeit des Heidelberger Instituts. Der Betrag ist einem Fonds zur Erhaltung des Samariterhauses zugesprochen, der in den letzten Monaten durch private deutsche Wohltätigkeit begründet wurde und den Zweck hat, die finanzielle Notlage der Anstalt zu beheben. Die Gesamthöhe der Stiftungen beträgt zwar bereits über eine Million Mark, doch sind unter den gegenwärtigen Umständen bedeutend größere Mittel erforderlich.

Höhere Eintrittspreise für Ausländer. In Frankfurt a. M. wurde in der letzten Stadtvorordnetenversammlung ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der dahin geht, den Eintrittspreis für Besichtigung des Römers für Ausländer auf 25 Mark festzusetzen und auf 3 Mark für Angehörige des Deutschen Reiches herabzusetzen. Ferner wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, der dahingehet, daß höhere Eintrittspreise auch für die übrigen städtischen Galerien und Sehenswürdigkeiten festzusetzen seien. Auch höhere Preise für Ausländer beim Besuche der städtischen Theater sollen in Erwägung gezogen werden.

Beim Rudern ertrunken. Bei Abnigsberg ereignete sich auf dem Ewentinssee ein schweres Bootsunfall. Ein Vierer des Rudervereins, der einem auf dem See treibenden Ruderer Hilfe bringen wollte, schlug bei dem starken Nordwind voll Wasser und kenterte. Zwei Anlassen retteten sich durch Schwimmen, die drei anderen, die das Boot wieder besetzen hatten und sich vom Wind treiben ließen, werden vermißt. Sie sind zweifellos ertrunken. Das leere Boot wurde treibend aufgefunden.

Millionendiebstähle in Hamburg. Bei den Kaffee-Diebstählen auf dem Alsterbahnhof Billhorner Brückenstraße in Hamburg handelt es sich um Ränderelen von Kaffee in Höhe von 7 Millionen 350 000 Mark. Mehrere Verhaftungen wurden bereits vorgenommen.

Denkmalsänderung. Anscheinend wochenlang ist eine Freveltat in Hamburg unbemerkt geblieben, die am Kaiserdenkmal am Rathaus verübt wurde. Auf den Relieffiguren, die die Reichsgründung in Versailles und den Empfang der Hamburgischen Truppen durch den Senat darstellen, wurden sämtliche freihängenden Schwerter abgebrochen. Auch der Ballast-Bismarck ist in dieser Weise verstimmt worden.

Verbotener Fischfang. Der Fischdampfer „Admiral Scheer“ aus Bremerhaven wurde wegen ungesetzlichen Fischens bei Süd-Island von einem dänischen Inspektionsdampfer angehalten. Der Führer des Dampfers wurde zu 10 000 Kronen Geldstrafe verurteilt, der Rang und die Fanggeräte beschlagnahmt.

Der Flug um die Welt. Von dem französischen Flugplatz Croydon aus wird der englische Major W. E. Blake seinen Flug um die Welt beginnen. Die Kosten der Expedition sind von einem reichen Manne gestiftet worden. Die 30 000 englische Meilen lange Luftreise soll die Flieger zunächst über Italien nach Griechenland führen.

Politische Mordtat in Bulgarien. In Sofia wurde der Direktor eines Oppositionsblattes, Grifow, früherer bulgarischer

Geschäftsträger in Paris, Vern und Stockholm, in der Nähe seines Hauses ermordet. Die Lebewegungen zur Tat sind noch unbekannt. Die Mörder sind entkommen.

Schweres Automobilschicksal bei Barcelona. Bei den Autorennen von Cicla (Süd bei Barcelona (Spanien) durchbrach die Menge den Ordnungsdienst. Der Rennfahrer Lombard fuhr mit 810 Kilometer Geschwindigkeit in die Menge. Sein Monteur und drei Personen wurden getötet, der Rennfahrer selbst erlitt nur einige Hautabschürfungen.

Schweres Unglück beim Motorradtraining. In Eberfeld ereignete sich bei einer Bergprüfungsfahrt für mittlere Motorräder ein schweres Unglück. Als zwei Fahrer eine scharfe Kurve nehmen wollten, verlor der eine die Herrschaft über seine Maschine und lag in vollem Tempo in die Zuschauermenge hinein. Sechs Personen wurden verletzt; zwei von ihnen konnten nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden, während vier ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Todessturz aus dem Förderloz. Auf dem Hohenthalsschacht bei Delbra öffnete sich auf bisher ungeklärte Weise beim Einfahren zur Mittagschicht der Verschluss des Förderlozes, wodurch drei Bergleute mehrere hundert Meter in die Tiefe stürzten. Sie konnten nur als verstümmelte Leichen geborgen werden.

Großer Waldbrand an der deutsch-dänischen Grenze. Durch einen Kleinenbrand wurden die unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze gelegenen „Frösleer-Tannen“ vernichtet. Mit Hilfe von 150 deutschen Soldaten gelang es, einen kleinen Teil des Waldes zu retten und das Feuer zu löschen. Der Schaden ist sehr bedeutend, da hauptsächlich junge Anpflanzungen den Flammen zum Opfer fielen.

96 Opfer eines Schiffszusammenstoßes bei Brest. Der englische Dampfer „Egypt“, der auf der Fahrt nach Indien begriffen war, ist mit dem französischen Dampfer „Seyne“ zusammengeknallt und gesunken. Der französische Dampfer ist mit zahlreichen Beizetieren in Brest (Frankreich) eingelaufen. Bisher sind etwa 96 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Opfer wird auf 96 geschätzt.

Schiffsunfall im russischen Golf. Bei Vaggerarbeiten im russischen Golf kenterte der Schleppdampfer „Dita“. Führer und Besatzung retteten sich dadurch, daß sie über Bord sprangen. Der Maschinenraum wurde im Wasser vermutlich von einer Schiffschraube erfasst und wird vermißt. Ein Matrose, der im Schiffsrumpf eingeschlossen war, wurde durch Sauerstoffgebläse aus dem Schiffsrumpf befreit. Er starb kurz darauf.

Die Wiener Sängerkorps beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den in Berlin anwesenden Wiener Männergesangverein zum Tee im Garten seines Hauses. Erschienen waren der Reichskanzler, die Reichs- und preussischen Staatsminister. Außer den Wienern waren erschienen der Präsident des Reichstages, Loebe, als Vorsitzender des Oesterreich-Deutschen Volksbundes, der österreichische Gefandte Riedl, Mitglieder des Reichsrats und des Reichstages, sowie Vertreter der Literatur, Kunst, Musik und der Presse. Der Reichspräsident hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Heute lämpfen das schöne lebensfrohe Wien und Oesterreich einen schweren Kampf. Groß ist die Not in Ihrer Heimat. Auch wir ringen schwer um unser Dasein. Durch den Krieg und seine Folgen verarmt, gesteuert und mit Lasten überbürdet, sind unsere Schwesterrepubliken gehindert, ihre staatlichen Beziehungen so zu gestalten, wie es der Wille unserer Völker unzweifelhaft verlangt. Geblieben ist uns aber die Gewissheit untrennbarer Zusammengehörigkeit. Den Glauben an unsere gemeinsame Zukunft lassen wir uns nicht nehmen! Der Präsident des Vereins, Gerichtsadvokat Dr. Krükl, dankte im Namen der Wiener Sängerkorps dem Reichspräsidenten für den freundlichen Willkommen. Die Wiener Gäste erfreuten die Anwesenden durch Darbietungen ihrer Kunst.

Stettin ohne Brot. Das Beispiel von Halle hat Nachahmung gefunden. In Stettin sind die Bäckmeister in den Streik getreten. Der Magistrat hat den Brotpreis für das Markenbrot von 10 Mark auf 10,75 Mark heraufgesetzt, damit sind die Bäder jedoch nicht zufrieden, sondern sie verlangen 11 Mark. Sie haben deshalb kein Brot mehr gebacken.

Den eigenen Mann ermordet. Aus Weklar wird ein furchtbarer Gattenmord berichtet. Die Ehefrau Panz in Groß-Altenstädten hat eingestanden, ihren Mann ums Leben gebracht zu haben. Sie hat ihn im Schlafzimmer erschossen, die Leiche zwei Tage lang im Bett versteckt gehalten, sie dann zunächst in einen auf dem Hofe befindlichen Brunnen geworfen und in der Zwischenzeit ein Loch gegraben, in das sie schließlich die Leiche verscharrte. Ueber der Grabstelle errichtete sie später einen Abort.

Der Säugling im Wohnungsamt. Eine heitere Geschichte wird aus der Ortsgast Osterfeld berichtet. Dort ließ eine Frau, deren Besuch um Zuweisung einer Wohnung nicht erfüllt wurde, auf dem Wohnungsamt ihr Kind mit der Bemerkung zurück, sie werde es nicht eher wieder holen, als bis man ihr eine Wohnung gegeben habe. Die Frau ist anscheinend schon mit der Absicht auf das Wohnungsamt gekommen, da sie Kinderwäsche und Milchflasche gleich mitgebracht hatte.

Automobilunfall auf einer Rennbahn. In Müßelsheim ereignete sich auf der dortigen, dem Dvellerwerken gehörenden

Rennbahn ein schwerer Unfall. Ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen geriet auf den Sand außerhalb der Rennbahn und stürzte um. Die beiden Insassen, ein Herr aus Dresden und ein deutscher Konsul aus Holland, erlitten schwere Verletzungen und wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Galizische Gold- und Brillantenschmuggler verhaftet. Auf dem Kölner Hauptbahnhof nahm die dortige Kriminalpolizei vier galizische Gold- und Brillantenschmuggler fest, die gemerbsmäßig Wertfachen verschoben. Gold und Brillanten im Werte von einer Million Mark wurden bei den Gaunern beschlagnahmt.

Die Amerikaner und die rheinischen Sonderbündler. „Amaroc News“, das Blatt der amerikanischen Besatzungsbehörde in Koblenz, bemerkt in einem Artikel, der sich mit der politischen Lage befaßt, über die Treibereien der Sonderbündler und ihre energische Abwehr durch die deutsche Bevölkerung: Die Frage der rheinischen Republik scheint noch einmal akut geworden zu sein. Vom Führer Smeets waren für die letzte Woche Aktionen in Aussicht gestellt worden. Die Ereignisse, die daraufhin eintraten, waren aber so unbedeutend und lächerlich, daß man nicht umhin kann zu glauben, daß der national denkende Teil der Bevölkerung den Zielen der Sonderbündler durch seine Demonstration zuvor gekommen ist.

Die Schiffskatastrophe bei Brest. Die „Egypt“ ist an einer 119 Meter tiefen Stelle gesunken. Sie beförderte eine beträchtliche Summe von Goldmünzen. Das Gepäck und die Schiffsbücher sind verloren, ein einziger Postlad nach Indien wurde gerettet. Kanonenboote und Schlepper befinden sich in der Gegend, wo der Dampfer gesunken ist.

Auf der Hochzeitsreise ermordet. Einem schrecklichen Attentat ist der albanische Fürst Radomirko Artychia zum Opfer gefallen. Der Albanier hatte seine englische Braut in Wien geheiratet; das junge Paar machte seine Hochzeitsreise nach Italien und befand sich auf der Rückfahrt nach dem Schloß des Fürsten, als etwa 50 Kilometer von dem Schloße entfernt der Wagen, in dem sich außer ihnen noch ein Diener befand, von einem Räuber angehalten wurde. Der Wegelagerer schoß mit einem Revolver den Fürsten nieder, raffte die im Wagen befindlichen Wertgegenstände zusammen und eilte davon. Obwohl die unglückliche Fürstin sofort Nachforschungen anstellen ließ, war die Spur des Mörders nicht zu finden.

Sonntagsworte.

Aus dem „Rogate“: Bittet! ist mit dem vor uns liegenden Sonntag das „Exaudi“ geworden: „Höre“ — nach dem Wort des Psalm 7, 7: „Herr, höre meine Stimme, wenn ich rufe!“ — Aus der Rogate-Mahnung ist also die Exaudi-Willigkeit derer geworden, die sich bewußt sind, daß sie solcher Kräfte bedürfen, die „über unsere Kraft“ gehen. Wer Exaudi recht feiert, der besitzt genug Demut, daß er gegenüber seiner mannigfaltigen Schwächen ächtlicher Stärke, gegenüber vielfacher Irrungen der Zurechtbringung bedarf. Kurz gesagt, mit altem Wort: Der Gnade sich zu öffnen bereitet ist. Betende Leute sind vor der Welt dann längst nicht die Schwächeren, nicht die Unweiseren. Wer Gebetsübungen erlernt, wird im Gegenteile ein sich starker Mensch, freudeerfüllt, stark im Geiste!

Vor Menschen ein Adler, Vor Gott ein Wurm. So steht du fest im Lebenssturm.

Das lehrt Exaudi.

Zwischen Himmelfahrt und Pfingsten. Das Küchenbadchen steht wieder einmal bevor, und die sieben Sachen, die zu einem guten Kuchen gehören, stehen alle so hoch im Preise, daß die Hausfrau Mühe hat, die sonst berechnete Ration Kuchen pro Kopf aufzubringen. Der Kostpunkt ist schon ein Rechenexempel für die Haushaltungsschule. Aber es ist doch nur einmal Pfingsten im Jahr, und das „Liebliche Fest“, das uns die Feiertage im Grünen bietet, gibt uns mehr, als es fordert. Es ist köstlich draußen, und wird hoffentlich auch herrlich zum Feste selbst bleiben, wenn es auch nicht an Propheten fehlt, die gerade für den 2.-4. Juni einen gleichen Witterungsumschlag voraussagten, wie er nach den warmen Tagen vor Ostern zum zweiten Osterfeiertage eintrat. Aber für Anfang Juni wollen solche Voraussagungen wenig bedeuten, da kann es abends in einem Gewitterregen wie mit Mollen gießen, und am nächsten Morgen ist das schönste Wetter. Die Botanikertrommel, Mauern und Ruckfäden können also getrost für eine Rucktour hervorgeholt und die Fahrräder für eine Exkursion bereit gestellt werden. Wer die Eisenbahn benutzen will, der denke daran, daß vom 1. Juni ab der Sommerfahrplan gilt und für die Feiertage auch vielfach Sonderzüge eingeleitet sind.

Handel und Verkehr.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	24. 5.	23. 5.	1914
100 holl. Gulden	11385	11760	167,— M.
100 belg. Franken	241	2516	80,— „
100 dänische Kronen	6277	6441	112,— „
100 schwed. Kronen	7565	7830	112,— „
100 ital. Lire	1503	1548	80,— „
1 engl. Pfund	1302	1345	20,— „
1 Dollar	292	301	4,20 „
100 franz. Franken	2651	2721	80,— „
100 schweiz. Franken	5602	5762	80,— „
100 tschech. Kronen	555	575	— „

Spiken.

Roman von Paul Lindau.

7) Das Blut drang ihr zu Kopf, und die Pulse flogen. Sie eilte in ihr Toilettenzimmer, schloß den eisernen Schrank auf, entnahm ihm ein ledernes Etui mit Silberfingerringen, trat wieder in ihr Zimmer zurück und schloß.

„Bringen Sie Licht,“ sagte sie zu Berta. Berta und ein Hausmädchen kamen sofort mit den Lampen, die schon seit geraumer Zeit angezündet auf dem Flur tischchen standen.

„Garnieren Sie mir die Spitze auf das perlgraue Kleid,“ sagte Juliane zu Berta, indem sie auf das lederne Etui deutete.

„Also wünschen die Frau Gräfin nicht die lichtblaue Toilette, die ich hergerichtet habe?“

„Nein, ich habe mich eines anderen besonnen.“

„Zu Befehl, Frau Gräfin. Würden die gnädige Frau mir sagen, zu welcher Stunde ich die Frau Gräfin im Toilettenzimmer erwarten darf — es ist wegen der Garnierung.“

„Kommen Sie um acht und bestellen Sie den Wagen um halb zehn.“

„Zu Befehl!“ Berta wollte sich zum Gehen wenden.

„Und noch eins,“ rief Juliane sie zurück. „Sitt einiger Zeit haben Sie wieder Ihre Zustände. In der vorigen Nacht haben Sie im Schlaf wieder so unheimlich geschrien. Ich habe stundenlang kein Auge zugehen.“

„Ich bedaure unendlich! Wenn die gnädige Frau mich nur gewacht hätten!“

„Das macht's ja nur noch schlimmer! Aber nach der schlechten Nacht fühle ich mich heute etwas abgespannt, und heute, nach dem Ball, möchte ich wenigstens ruhig schlafen können. Sie können also in Ihrer Stube schlafen. Ich fühle mich von Nero genügend bewacht. Lassen Sie den Hund gegen Mitternacht in mein Zimmer.“

„Zu Befehl, Frau Gräfin!“

Berta verneigte sich mit der ihr eigentümlichen Unterwürfigkeit. Als sie sich aber umgewandt hatte und das Zimmer verließ, zeigten ihre Hüfte wieder das boshafte schlaue Lächeln, mit dem sie heute schon mehrere Male die Meldungen ihrer Herrin aufgenommen hatte.

Da die Dienerschaft in den Seitengebäuden nach vorn, also von den in den Parkzimmern des Quergebäudes schlafenden Herrschaften ziemlich weit entfernt schlief, war die Vorkehrung getroffen, daß sich während der in letzter Zeit ziemlich häufigen und längeren Abwesenheiten des Grafen Berta in dem Toilettenzimmer, das an Julianes Wohn- und Schlafgemach unmittelbar anstieß, ein Lager herrichtete und da die Nacht brachte, um für alle Fälle der Gräfin gleich zur Hand zu sein. Diese Anordnung war vom Grafen Albrecht selbst getroffen, denn Juliane war nichts weniger als furchtsam. Sie duldete nicht einmal, daß die massiven

Woulieur heruntergelassen und die großen eisernen Querstangen vor die zum Park führende Tür gelegt wurden. Sie fäme sich dann wie eingemauert vor, sagte sie. Außerdem öffnete sie, selbst im Winter, vor dem Schlafengehen noch die Fenster; und an schönen Abenden war es ihr ein wahres Bedürfnis, noch eine Viertelstunde im Park auf und ab zu wandeln, bevor sie sich zur Ruhe begab. Da wäre es ihr lästig und störend gewesen, die Dienerschaft noch einmal zu rufen, um sich verbarrickadieren zu lassen.

Und besser als von eisernen Fensterladen und Stangen, besser als von menschlichen Wächtern fühlte sie sich von ihrem Nero behütet und beschützt.

Es war ein herrliches Tier, perlgrau, mit weißlichem Schild auf der breiten Brust und welcher Schwanzspitze, mit hellgrünen Augen — eine gewaltige, kurzhaarige Ulmer Dogge, stark wie ein Löwe, mit blendendem Gebiß, das einen Hindertknochen wie einen Span zermalte.

Es versteht sich, daß Juliane das schöne, starke, kluge, treue Tier sehr lieb hatte und sehr gut behandelte. Und sie durfte mit vollem Rechte zu Berta sagen, daß sie eines anderen Schutzes nicht bedürfe.

„Johann!“ rief Berta über den Flur. „Den Wagen für die Frau Gräfin um halb zehn!“

Sie winkte ihm und kam ihm vorsichtig auf halbem Wege entgegen.

„Es stimmt,“ sagte sie ihm leise, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß keiner von der Dienerschaft in der Nähe war. „Ich

schlafe vorn! Sie bleibt allein! Beachten Sie richtige Bildide! So etwa um Mitternacht muß er sich bereit halten! Der Hund soll um Mitternacht in ihr Zimmer gelassen werden.“

„Und sie fährt um halb zehn?“

„Ja. Zwischen halb und dreiviertel.“

„Dann kann sich der Page Bob auf den Boden setzen. Sie wird es nicht merken, wenn der Schlag öffnet und schließt. Dem Bob wenn ich nach der Gollnowstraße will, ist keine Zeit zu verlieren.“

„Richte du dich ein, wie du magst. Aber heute muß es sein, heute! Ein halbes Jahr haben wir gewartet. Wer weiß, wann es wieder so kommt. Also unbedingt heute! Ich muß in die Nähstube und sehe doch wohl kaum noch... du besorgst alles?“

„Verlaß dich auf mich!“

Sie sprang schnell, Fieberrote auf Wangen und häßlich lachend, davon, sieberte die ganze Zeit, während sie die „moral“ auf den perlgrauen Atlasgrund tete.

Um halb zehn Uhr rollte der Wagen vor. Der Page Bob war von Johann angewiesen, die Frau Gräfin zu begleiten. Johann hatte schon öfter, allerdings nur mit Genehmigung der Gräfin, sich von Bob trennen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Einweihungsfester am 28. Mai 1922.

Zur Einweihungsfester werden die Hinterbliebenen der Gefallenen hierdurch nochmals besonders eingeladen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß das Betreten des Friedhofes vor Eintreffen des Tages untersagt ist.

Nastätten, den 26. Mai 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Die diesjährige öffentliche Impfung findet am 10. Juni 1922 vormittags 11 Uhr in der Schule an der Oberstraße statt. Sollten impfpflichtige Kinder durch Krankheit verhindert sein im Impftermin zu erscheinen, so ist rechtzeitig vorher oder später im Termin ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. Übertretungen werden bestraft.

Nastätten, den 23. Mai 1922.

Die Polizeiverwaltung: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Mit Ende des Steuerjahres 1921 ist die Wahlperiode der Abgeordneten und Stellvertreter der Steueraussschüsse der Gewerbebesteuerklasse 3 und 4 für den Kreis St. Goarshausen abgelaufen.

Zur Vornahme der Neuwahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird hiermit Termin auf Freitag, den 2. Juni 1922, vormittags 9 Uhr, im Saalbau „Hohenzoller“ hierselbst anberaumt, wozu die jetzigen Mitglieder der Steuergesellschaft 3 hiermit eingeladen werden.

Zu wählen sind 13 Abgeordnete und 13 Stellvertreter aus der Klasse 3. Die Neuwahl der Abgeordneten und Stellvertreter des Steueraussschusses der Gewerbebesteuerklasse 4 findet am Freitag, den 2. Juni 1922, vormittags 11 Uhr, im oben bezeichneten Lokale statt, wozu die jetzigen Mitglieder der Steuergesellschaft der Gewerbebesteuerklasse 4 hiermit eingeladen werden.

Zu wählen sind sieben Abgeordnete und sieben Stellvertreter aus der Klasse 4.

Wählbar sind in beiden Klassen nur solche männliche Mitglieder der betreffenden Steuerklasse, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Von mehreren Inhabern einen Geschäftes ist nur einer wählbar und zur Ausübung der Wahlbefugnis berechtigt.

Aktien- und ähnliche Gesellschaften üben die Wahlbefugnis durch einen von dem geschäftsführenden Vorstand zu bezeichnenden Bevollmächtigten aus. Wählbar ist von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes nur einer. Minderjährige können die Wahlbefugnis durch Bevollmächtigte ausüben, wählbar sind letztere nicht.

Wird die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter seitens einer Steuergesellschaft verweigert oder nicht ordnungsmäßig bewirkt, oder verweigern die Gewählten die ordnungsmäßige Mitwirkung, so gehen die dem Steueraussschusse zustehenden Befugnisse für das betreffende Jahr auf den Vorstehenden über.

Die Wahl findet für den Zeitraum von einem Jahr, und zwar für das Steuerjahr 1922 statt.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, die Gewerbetreibende auf diese Bekanntmachung noch besonders hinweisen zu wollen.

St. Goarshausen, den 12. Mai 1922.

Der Vorsitzende des Steueraussschusses der Gewerbebesteuerklasse 3 und 4.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 24. Mai 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Ortsbauernschaft Nastätten.

Sonntag, den 28. Mai ds. Js., abends 8 1/2 Uhr in der Gastwirtschaft „Zur schönen Aussicht“

Versammlung.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Zahle bis Pfingsten für

gewöhnl. Lumpen p. Pfd. 1,20 Mk.

Woll-Lumpen p. Pfd. 8.00 Mk.

Papier . per Zentner 80.00 Mk.

sowie alle anderen Rohprodukte höchste Preise.

N. Hübel, Nastätten (an der ev. Kirche).

Vorschuss- und Credit-Verein zu Nastätten

e. G. m. u. H.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, dass in der ordentlichen General-Versammlung vom 14. Mai 1922 die Umwandlung unserer Genossenschaft in eine solche mit

beschränkter Haftpflicht beschlossen wurde.

Das Geschäftsanteil wird auf 500 Mark und die Haftsumme auf 1000 Mark festgesetzt. Die Gläubiger, welche der Umwandlung widersprechen, werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Nastätten, den 22. Mai 1922.

Vorschuss- und Credit-Verein zu Nastätten e. G. m. u. H.

Jos. Debus. W. Werner. H. Buchenauer.

Alle Diejenigen, welche bei der am Sonntag, den 21. Mai ds. Js., stattgefundenen Einweihung des neuen Friedhofes, sowie des Gedenksteines für unsere Gefallenen mitgewirkt haben, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank. Ganz besonders Herrn Pfarrer Klawe, sowie Herrn Lehrer Germann für ihre schönen trostreichen Worte, dem gemischten Chor von Ruppertskirchen für den herrlichen Gesang, dem Posaunenchor von Welsberg und allen mitwirkenden Vereinen für ihre Teilnahme, sowie Kranzniederlegung nochmals im Namen der Gemeinde unseren herzlichen Dank.

Endlichhofen, den 24. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Die rückständige Kirchensteuer für das Jahr 1921 ist bis zum 12. Juni ds. Js. zu entrichten; andernfalls erfolgt zwangsweise Verreibung.

Der ev. Kirchenrechner: David Wollschläger.

Verloren

Brieftasche auf dem Wege vom Schwall nach Lautert. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei

Preuß, Brühlstraße.

Tafel-Klavier

zu verkaufen. Näheres Geschäftsstelle.

Kopf-Salat Tabakpflanzen Gemüse.

jeder Art. Pflanzen zum Bepflanzen von Friedhöfen, Ziergärten u. Fensterkästen in größter Auswahl empfiehlt

Gärtnerei Ackermann

Nielsen.

Alle Sorten

Gemüse- u. Salatpflanzen

(gut abgehärtet)

Tomaten-Pflanzen

Sortierte

Sellerie- u. Lauchpflanzen

empfehlen

Gärtnerei E. Wölfert

Nastätten: Oberstraße.

Kriegerverein Germania Nastätten.

Die Kameraden werden gebeten, zur Teilnahme an der Einweihungsfester Sonntag Nachmittag 1 1/2 Uhr an der Schule antreten zu wollen. Orden und Ehrenzeichen nebst Verwundeten-Abzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Krieger- u. Militärverein „Einheit“ Nastätten.

Zur Teilnahme an der am Sonntag stattfindenden Einweihungsfester wollen die Kameraden nachmittags 1 1/2 Uhr am Rathaus antreten. Orden und Ehrenzeichen sowie Verwundeten-Abzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Zwei 4- und 6jährige Russen-Pferde

(Rappen), 1,33 und 1,35 Meter hoch, garantiert zugfest und fehlerfrei, evtl. mit Plattgeschirr zu verkaufen.

Karl Mack, Nastätten.

Dasselbe ist auch ein Breat (für jeden Geschäftsbetrieb passend) zu verkaufen.

Maschinen-Motoren-Cylinder-Contrafugen-Fußboden-Wagen-Leder-Maschinen-

Leder-Tran Carbolinum Riemenwachs, Leinöl alle streichfertig. Farben Waschmittel, Ia. Kern- u. Schmierseife, Seifenpulver, Ia. Schuhereme off. in bester Qual. billigst

Hub. Hiestand Münchenroth.

Alle Sorten Gemüse Kopfsalat Rhabarber Salatpflanzen Römisch kohl pflanzen starke Tomaten

hat abzugeben:

Die Gärtnerei des Kaiser-Wilhelmheim.

Feinstes Kaltschlagspeiseöl eingetroffen. Tausche solches auch gegen Getreide.

Wilh. Gill, Nastätten.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Limburger Käse Handkäse empfiehlt in feinsten Qualität

Wilh. Gill, Nastätten.

ACHTUNG!

Bulli-Licht

Elektrische Fahrrad-Beleuchtungen neu eingetroffen

Elektro-Motore sofort ab Lager lieferbar

G. Taube & Co. Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft

St. Goarshausen a. Rh.

Von jetzt ab können wir wieder höhere Preise für

Metalle, Alteisen und Guss

bewilligen. Nassaulsche Pflugfabrik Wagner & Co., Nastätten.

Zu den Feiertagen empfehle: hochfeine Auslösen

Weiß- und Rotweine

in Flaschen und Gebinden.

Hans Zehle, Vorch am Rhein, Wein-Gutsbesitzer — Wein-Großhandlung.

Zweigniederlassung: Frig Sehner, Nastätten, Rheinstr.